
**ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
14. Februar 2004
RuhrCongress Bochum**

Beschluss A 1*

**Wir in Nordrhein-Westfalen – gemeinsam stark.
Unser Land gehört an die Spitze der Regionen in einem starken Europa.**

Europa ist im Wandel. Die Erweiterung der Europäischen Union steht vor der Tür. In den Mitgliedstaaten der Union stehen wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Reformen oben auf der Tagesordnung. Die weltpolitischen Ereignisse der zurückliegenden Jahre haben das Wirtschaftsklima gedrückt. Und auch im vierzehnten Jahr nach Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands wirken die besonderen Herausforderungen noch nach, die dieses herausragende historische Ereignis für die Menschen in den alten und den neuen Ländern mit sich gebracht hat. Durch die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedsländern in die Europäische Union sortiert sich Europa neu, und Deutschland muss darin in verantwortungsbewusstem Wettbewerb seinen Platz behaupten – aus Eigeninteresse und aus Interesse für ein leistungsfähiges Europa insgesamt.

Die Globalisierung der Wirtschaft beschleunigt den Wandel zur Dienstleistungsökonomie und stärkt die Stellung der Wissensproduktion. Schon heute arbeiten 70 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in Dienstleistungsbereichen. Knapp 70 Prozent der Bruttowertschöpfung erfolgt im Dienstleistungsbereich. Die immaterielle Wertschöpfung bildet im wachsenden Maße die Grundlage unseres Wohlstandes. Wissenschaft und Forschung sind die entscheidenden Produktionsfaktoren einer immateriellen Wertschöpfung auch im industriellen Bereich der Produktion.

Um mehr Wachstum, größeren Wohlstand und mehr Lebensqualität zu erreichen, müssen wir

- eine produktive Symbiose von Wissenschaft und Wirtschaft fördern,
- unsere Institutionen so reformieren, dass wissenschaftlich-technische Produktionsreserven und Innovationspotentiale auf den Märkten, in den Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft besser erschlossen werden,
- stärker in die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen investieren.

Im Wettbewerb und in der Kooperation der Regionen hat Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Platz in Europa. In zehn der fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten leben weniger Menschen als in NRW. Hier konzentriert sich die wirtschaftliche Kraft unseres Kontinents mehr als anderswo. Nordrhein-Westfalen hat die Chance und die Verpflichtung zugleich, als moderne, starke und zukunftsorientierte europäische Wirtschaftsregion auf dem Weg des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts voranzugehen.

Nordrhein-Westfalen hat mit dieser Rolle Erfahrung. Und Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Erfahrung damit, Verantwortung für unser Land zu übernehmen und wahrzunehmen. Die ökonomische und ökologische Erneuerung des industriellen Kernlandes der

* vorbehaltlich der Genehmigung durch das Präsidium

Bundesrepublik in sozialer Verantwortung hat die Menschen in NRW geprägt. Im weltweiten Vergleich aller Industrieregionen wird unser Erfolg anerkannt.

Erfolgreicher Strukturwandel war und ist immer auch Bekenntnis zum Prinzip Erneuerung. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben früher als viele andere gelernt, dass die Bereitschaft zur Veränderung Voraussetzung für die Sicherung des Wohlstands ist. Deshalb hat Reformpolitik bei uns nicht nur Tradition. Wir haben über Jahrzehnte bewiesen, dass Erneuerung uns voranbringt und dass sich die Menschen auf die Sozialdemokratie verlassen können. Leistung, Innovation, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt machen uns in Nordrhein-Westfalen stark. Diese Kombination ist ein Markenzeichen geworden. Das ist typisch NRW. Bei den Reformschritten, die jetzt vor uns liegen, wollen wir auf diesem Markenzeichen aufbauen. Deshalb wollen wir Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu einem Bündnis für Wachstum und Beschäftigung zusammenführen. Wir wissen: Nur gemeinsam sind wir stark. „Gemeinsam stark“ ist für uns Ziel und Weg zugleich. Eben typisch NRW.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in diesem Bündnis der Motor sein: Motor für technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt und Motor für Erneuerung in sozialer Verantwortung. Für uns bedeutet das vor allem:

- Nordrhein-Westfalen muss ein Land der Innovation bleiben,
- Nordrhein-Westfalen muss attraktive Heimat für Familien und Kinder sein.

Die Bundesrepublik leidet unter einem zu niedrigen wirtschaftlichen Wachstum, unter einer zu niedrigen Erwerbstätigkeit (vor allem von Frauen), unter zu niedrigen Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Bildung und unter Gerechtigkeitsdefiziten und einer Vernachlässigung von Begabungsreserven. All dies lähmt die Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes. Deswegen verfolgen wir eine Kombination aus moderner Wirtschafts-, Wissenschafts-, Bildungs- und Familienpolitik.

Der Bildungspolitik haben wir auf unserem außerordentlichen Parteitag in Bochum am 14. Juni 2003 unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der dort verabschiedete bildungspolitische Orientierungsrahmen bildet das Fundament für eine Erneuerung der nordrhein-westfälischen Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungslandschaft.

In unserem Antrag „Deutschland braucht ein Leitbild Gerechtigkeit“ zum letzten Bundesparteitag haben wir unsere Vorstellungen zur sozialen Gerechtigkeit als einer tragenden Säule sozialdemokratischer Reformpolitik verdeutlicht und präzisiert.

Eine Politik für Innovationen und eine Politik für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit bilden keinen Gegensatz. Sie bedingen einander. Wir wollen Lasten gerecht verteilen und vor allem Lebenschancen für alle eröffnen.

Der beschleunigte Wandel moderner Gesellschaften wird von einer immer enger werdenden Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft vorangetrieben. In der Wissens- und Informationsgesellschaft ist Wissen die Hauptressource für die Steigerung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstandes.

Deshalb muss aktive Forschungspolitik durch die Entwicklung von Technologien und ihre anwendungsorientierte Umsetzung Innovationen fördern.

Eine moderne Innovationspolitik ist aber mehr als eine erfolgreiche Technologiepolitik. Sie muss den wissenschaftlichen, technischen aber auch den demographischen Veränderungsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung tragen.

Zentral für Innovationspolitik ist dann weniger das Denken in neuen technologischen Basisinnovationen. Es erschließt sich, dass Politik zur Entfaltung eines „Nachfragesogs“ beiträgt, indem sie den gesellschaftlichen Bedarf an Problemlösungen und Verbesserung von

Lebensqualität als Ziel artikuliert. Visionen und Leitbilder, die ein gesellschaftliches Klima, die ersehnte Aufbruch-Stimmung erzeugen, eignen sich besser zur Kommunikation als eine Debatte über Einzeltechnologien. Leitbilder wie die soziale Stadt, der gesunde alte Mensch, der lebenslang lernende Bürger können anspruchsvolle Nutzungskonzepte mit innovativer Technik verbinden.

In der konkreten Umsetzung solcher Konzepte werden sich Dienstleistungsbereiche, besonders personenbezogene Dienstleistungen, entwickeln mit vielfältigen Arbeitsplätzen.

Wir fordern daher zur Erschließung dieser Möglichkeiten einen Masterplan „Innovation für mehr Lebensqualität in unserer Gesellschaft“

Nordrhein-Westfalen – Land für Innovation

Weil wir in den sich immer schneller drehenden Produkt- und Verfahrenszyklen mithalten wollen, dürfen wir Innovationen nicht dem Zufall überlassen. Innovationen brauchen Offenheit für Neues, innovationsfördernde Strukturen oder anders formuliert: eine dynamische Innovationskultur.

Unsere Wirtschaft bietet mit hochwertigen Produkten und neuen Dienstleistungen komplexe Problemlösungen auf den Weltmärkten. Diese Strategie ist Grundlage der überragenden Exporterfolge Deutschlands. Künftige Arbeitsplätze, Unternehmenserfolge, Einkommen und Lebensqualität werden noch mehr als bisher von dem weiteren Ausbau dieser Erfolgsstrategie abhängen. Nicht nur die Außenwirtschaft, auch der Binnenmarkt muss von dieser Leistungskraft Impulse erhalten und nutzen können.

Innovationsförderung beschränkt sich aber nicht auf die Förderung von neuen Technikentwicklungen. Innovationsförderung muss sich auf das Zusammenwirken von Menschen bei der Entwicklung und Anwendung von neuen Technologien, bei der Gestaltung von Arbeitsprozessen, des Gewinns eines ökologischen und sozialen Mehrwerts und der Steigerung wirtschaftlicher Leistungskraft und Erträge richten. Innovationskultur darf nicht nur auf die Vermarktung des jeweils Neuen reduziert werden.

Innovationskultur muss sich auf die gestärkte Lern- und Reflexionsfähigkeit möglichst aller Menschen richten. Sie muss sich in der Anlage von Bildungssystemen und Arbeitsprozessen widerspiegeln und in ihren Strukturen Unterstützung finden.

Innovationskultur entwickeln, bedeutet die Offenheit für Veränderungen bei den Menschen zu stärken. Ohne Offenheit für Veränderungen können wir keine soziale Sicherheit gewährleisten, aber ohne soziale Sicherheit wird es auch keine Offenheit für Veränderungen geben, wird der Blick auf Risiken die Sicht auf die Chancen überlagern.

Innovationskultur darf Menschen nicht von der Gestaltung von Veränderungsprozessen ausgrenzen. Sie muss deren umfassende Teilhabe gewährleisten. Innovationskultur entwickeln heißt Zugangsgerechtigkeit schaffen.

Innovationen sind auch und gerade an der industriellen Basis des Landes notwendig. Eine umfassende Innovationsstrategie darf sich nicht beschränken auf neue Technologien und Dienstleistungen, sondern muss einen Schwerpunkt in der Erneuerung und Vertiefung der Produktionsprozesse in der Industrie finden. Dauerhafte Wertschöpfung aus eigener Kraft braucht eine so erneuerte industrielle Basis. Innovationskultur bietet so Entwicklungsperspektiven für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

Innovationsstrategien brauchen wirtschaftliche Entwicklungsräume

Eine innovationsfördernde Wirtschaftspolitik zielt darauf, vorhandene Stärken zu stärken. In der strategischen Bündelung dieser Kompetenzen liegt unsere Chance.

Wirkungsvolle Unterstützung bei der regionalen Profilbildung und der Herausbildung überregional wettbewerbsfähiger Kompetenzen ist der richtige Weg, um die Potenziale der Region zu stärken und nachhaltige Modernisierungsprozesse hervorzubringen. Durch die weitere Zusammenführung wirtschaftspolitischer, arbeitsmarktpolitischer und wissenschaftspolitischer Instrumente in einem regional ausgerichteten Konzept von Kompetenzfeldern wird es uns in NRW gelingen, Mittel noch effektiver einzusetzen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Dafür ist ein besseres Zusammenspiel der vielen innovativen Einrichtungen, Ansätze und Akteure unter einem gemeinsamen strategischen Dach erforderlich. Kompetenzfelder zeichnen sich durch ein Ensemble von technologischen Stärken, wettbewerbsfähigen Unternehmen, berufsfachlichen Kompetenzen und institutionellen und infrastrukturellen Voraussetzungen aus.

Die Stärke Nordrhein-Westfalens ist eine gemischte Wirtschaftsstruktur. Diese gilt es zu erhalten und in ihren jeweiligen Stärken auszubauen. Strukturpolitik darf sich nicht nur auf einen Leitsektor stützen, vielmehr bedarf es einer abgestimmten Strategie, die das Spektrum erweitert. Den Rahmen setzt ein abgestimmter Ausbau der regionalen und überregionalen Infrastruktur. Wir wollen so die bestmögliche und verträglichste Mobilität von Personen, Waren und Dienstleistungen sicherstellen.

Die Innovationsfähigkeit einer Region hängt auch davon ab, wie schnell es gelingt, Ideen in marktfähige Produkte umzusetzen. Auf diesem Gebiet weist Deutschland insgesamt, aber auch NRW Defizite auf. Wir müssen lernen, Innovationen auch von der Marktseite her zu verstehen. Das gilt für die Wissenschaft genauso wie für die Wirtschaft. Dafür müssen Marktforschung, Entwicklung und Marketing enger miteinander verknüpft und das anwendungsbezogene Denken an den Universitäten gestärkt werden.

Es geht deshalb darum, verstärkt die Entwicklung, Profilierung und Vermarktung wirtschaftlicher Kompetenzen einzelner Regionen zu fördern. Hierbei stehen nicht einzelne Produkte oder Dienstleistungen im Mittelpunkt, sondern wie bei Logistik, modernen Werkstoffen, Wasserwirtschaft oder der Medizintechnik umfassende Problemlösungen und Anwendungen.

Diese entstehen wie hochwertige Industriegüter und produktionsnahe Dienstleistungen auf Dauer nur in einem vitalen regional-wirtschaftlichen Zusammenhang. Der Chemiestandort Marl im nördlichen Ruhrgebiet, die Möbelindustrie in Ostwestfalen-Lippe, die ‚Softwareschmiede‘ Dortmund, die Hochtechnologiestandorte im Raum Jülich/ Aachen sowie die Logistikinitiativen in Duisburg/Wesel und im östlichen Ruhrgebiet stehen beispielhaft für diese Vitalität und die strukturelle Vielfalt der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Sozialdemokraten haben mit einem Mix aus regionalisierter Strukturpolitik und innovationsfördernden Landesinitiativen den Strukturwandel in den 80er und 90er Jahren erfolgreich gestaltet. Heute entwickeln wir diesen weiter zu einer Strategie der wirtschaftlichen Clusterpolitik und des -managements, welche die Innovationsfähigkeit des wirtschaftlichen Bestandes nachhaltig erhöht und Nordrhein-Westfalen gleichzeitig attraktiv für Investitionen und Existenzgründungen macht. Cluster bezeichnen dabei Wirtschaftsbereiche, in denen durch das Wechselspiel von Konkurrenz und Kooperation von Unternehmen, öffentlichen und privaten Institutionen, in gleichartigen Feldern von Produkten und Dienstleistungen besondere Wachstumspotenziale erschlossen werden können.

Clustermanagement und -politik baut dabei auf den vorhandenen Strukturen auf und entwickelt diese weiter zu regionalen Profilen, die im internationalen Wettbewerb bestehen können. Regionale Produktions- und Innovationsnetzwerke sind dabei angewiesen auf ein möglichst optimales Zusammenspiel von spezifischen Faktorbedingungen (z.B. qualifizierte

Arbeitskräfte), verwandte und unterstützende Branchen (z.B. innovative Zulieferer bzw. unternehmensnahe Dienstleister) und Nachfragebindungen. Entscheidend ist, die jeweiligen Kompetenzen der Regionen zu identifizieren und in Netzwerken zu stärken. Hierfür gilt es, unterstützt durch das Land, in den Regionen Plattformen zu etablieren, um gemeinsame Perspektiven zu entwickeln und Projekte aufeinander abzustimmen.

Eine institutionelle Flankierung eines regionalen Clusters durch regional organisierte Banken, Schulen, Kollegs, Hochschulen, Qualifizierungs- und Forschungseinrichtungen sowie Technologietransferstellen wird zu einem zentralen Merkmal erfolgreicher Wirtschaftsregionen. Unverzichtbar bleibt deshalb die öffentliche Bereitstellung von spezifischer, wirtschaftsnaher Infrastruktur und anderen Kollektivgütern, wie etwa die Eigenkapitalhilfe für Existenzgründer sowie die Verständigung der Akteure im Rahmen von regionalen Arrangements (Ausbildungsverbände, Regionalkonferenzen). Clustermanagement sollte als weitgehend dezentraler Prozess begriffen werden, der aber durch eine Landesförderung in der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik und landesweite Initiativen wie etwa in den Bereichen Solarenergie, Pharmazie und Bio- und Gentechnologie weiter unterstützt werden muss.

Clustermanagement und –politik werden umso bedeutsamer, je mehr die Spielräume für eine einzelbetriebliche Förderung perspektivisch (v.a. ab 2006 mit Auslaufen der aktuellen Phase der Ziel-II-Förderung für das Ruhrgebiet) geringer werden.

Das erfolgreiche Veränderungsmanagement in Betrieben und Branchen ist eine besondere Qualität wirtschaftlicher Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Damit fördern wir nicht nur das jeweils ursprünglich Neue, sondern stärken auch gerade die Entwicklung aus dem bereits Vorhandenen. Mit Brancheninitiativen wie der ZiMit für die Möbelwirtschaft, ZiTex für die Textilwirtschaft, @m-Multimedia im Maschinenbau und anderen sind wichtige Schritte zum Wachstum durch Innovation aus vorhandenen Kompetenzen vorangetrieben worden. Diesen Weg gilt es auch künftig zu beschreiten.

Ein wichtiges Innovationsfeld ist die Digitalisierung. Mit dem Start des digitalen terrestrischen Fernsehens im Frühjahr 2004 stellt NRW wesentliche Weichen in der Medien- und Wirtschaftspolitik.

Innovationen brauchen eine humane Dienstleistungsgesellschaft

Strukturpolitik darf nicht einseitig auf die Hochtechnologieproduktion in der Exportwirtschaft orientieren. Notwendig ist die Ausschöpfung auch der binnenwirtschaftlichen Potenziale lokaler Ökonomien. Der gesellschaftliche Wandel erfordert ein größeres Angebot an bezahlbaren sozialen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Der Funktionswandel der Familie, die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen und die demographische Entwicklung führen hier zu wachsenden Bedarfen auf der Nachfrageseite, die unter Marktbedingungen nicht realisiert werden können. Gleichzeitig geht es darum, einen Beitrag für die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe als eine weitere Antwort auf die Globalisierung zu leisten. Wirtschaftliche Tätigkeiten, die nicht auf das massenhafte Kaufen und Wegwerfen, sondern auf das Nutzen orientieren, wollen wir damit aufwerten.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben mit den ‚Sozialen Wirtschaftsbetrieben‘ und den ‚Dienstleistungsagenturen‘ beispielhaft gezeigt, wie eine solche integrierte Arbeits- und Gewerbeförderung, die auf konkrete lokale und regionale Bedarfe ausgerichtet ist, funktionieren kann. Die Chancen, die hierin für die Erschließung von Beschäftigungschancen im niedrigproduktiven Dienstleistungssektor liegen, wollen wir gezielt weiterentwickeln. Positive Bezugspunkte sind für uns auch die von der EU geförderten ‚lokalen Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung‘ sowie das Bund-Länder-Programm „Die soziale Stadt“.

Innovationen brauchen Bildung - Erfolgsfaktor für Entwicklung

Die Zukunftsfähigkeit von Regionen wird künftig noch mehr von der Qualität der Bildung, der Wissenschaft und Forschung und der Innovationsfähigkeit der Menschen abhängen. Die Innovationspotentiale werden über die internationale Position des Landes Nordrhein- Westfalen entscheiden, einem Land, dessen Wohlstand und Wertschöpfung immer mehr von wissensbasierten Produkten abhängig wird.

Das Fundament unserer Innovationsfähigkeit wird in unseren Schulen und Ausbildungseinrichtungen gelegt. Gleiche Bildungschancen für alle sind nach wie vor das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. Dieses Ziel haben wir bisher nicht erreicht. Unsere Schulen leiden in der Regel an einer entscheidenden Schwäche: Es gelingt ihnen nicht, Kinder und Jugendliche mit ihren individuellen Begabungen ausreichend zu fördern und zu fordern.

Innovationsfähigkeit zeigt sich auch am Grad der Zusammenarbeit all derjenigen, die beruflich und ehrenamtlich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Die Systeme von Jugendhilfe und Schule sind noch zu weit auseinander, um Kinder und Jugendliche optimal zu fördern. Wir führen daher in den offenen Ganztagschulen Schule und Jugendhilfe zusammen und fördern so eine ganzheitliche Lernkultur.

Investitionen in die Zukunft unserer Kinder sind die rentierlichsten Zukunftsinvestitionen. Wir in NRW räumen unserem Erziehungs- und Bildungssystem – gerade in Zeiten knapper Kassen – oberste Priorität ein. Wir verbessern die Unterrichtsversorgung an den Schulen durch eine bessere Ausstattung mit Lehrerinnen und Lehrern. Wir erhöhen die Qualität des Unterrichts und richten die schulischen Leistungen an vergleichenden Qualitätsstandards aus. Wir stärken die Eigenständigkeit der einzelnen Schule um so die Möglichkeiten der Lehrerinnen und Lehrer zu erweitern, den individuellen Lernfortschritten der Schülerinnen und Schüler besser entsprechen zu können. So ebnen wir auch den Weg für eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre.

Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen, die in benachteiligten Stadtteilen und Gemeinden wohnen. Besondere Anstrengungen sind notwendig, um die Häufung von Benachteiligungen wie Armut, Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit der Eltern, geringe Wohnqualität, etc. auszugleichen. Gerade für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen Angebote gemacht werden, die ihnen gleiche Chancen in Kindergarten und Schule gewähren.

Arbeitspolitik ist Innovationspolitik

Im Übergang von der Industrieproduktion zur wissensbasierten und dienstleistungsorientierten Produktion gewinnt die fachliche und soziale Kompetenz der Beschäftigten eine immer größere Bedeutung.

Der Einzelne wird nicht mehr davon ausgehen können, dass sein Wissen aus der Schule und der Berufsausbildung für das gesamte Erwerbsleben trägt. Investitionen in die Kompetenzförderung von Beschäftigten sowohl in der Phase der Erstausbildung als auch im Verlauf der beruflichen Tätigkeit mit zunehmend wechselnden Einsatzfeldern sind entscheidend für den Erhalt der individuellen Erwerbsfähigkeit wie für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Betrieben. Der Wechsel von Aufgaben in einem Unternehmen und von einem Unternehmen zu einem anderen wird mehr und mehr zur Regel. Das gilt umso mehr in einer Gesellschaft, in der die Menschen immer älter werden. Lebensbegleitendes Lernen ist der Schlüssel für die gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe bis ins Alter.

Fachlich und sozial kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind schon heute ein wichtiger Standortfaktor. Nur wer in punkto betriebliche Innovationsfähigkeit und Produktivitäts-

entwicklung zur Spitze zählt, kann auf Dauer mit kostengünstigeren Standorten konkurrieren. Qualifikation ist damit ein grundlegender Baustein für den Erhalt unseres Wohlstands.

Dabei wollen wir auch die Arbeitslosen einbeziehen, die (erstmalig oder wieder) einen Arbeitsplatz suchen. Unsere Gesellschaft ist darauf angewiesen, die Beteiligung am Erwerbsleben deutlich zu steigern, um die sozialen Sicherungssysteme bezahlbar zu halten. Der absehbar stark zunehmende Fachkräftemangel zwingt uns, jede/n Schulabgänger/in zu fordern und auch den Menschen in der stillen Reserve den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die Reform der Bundesagentur für Arbeit unterstützen wir nach Kräften. Vor diesem Hintergrund werden wir

- schulische Bildung, Berufsvorbereitung und berufliche Aus- und Weiterbildung zu einem System des lebensbegleitenden Lernens weiterentwickeln,
- Aus- und Weiterbildung mit den Bedarfen der Wirtschaft enger verzahnen. Die Verkürzung von Ausbildungszeiten in einem modularisierten System sind mit der Option auf eine Weiterqualifizierung wahlweise im direkten Anschluss an das erste Modul oder im späteren Berufsleben zu verbinden.
- die Abschlüsse im dualen System flexibilisieren, um Bildungspotenziale breit auszuschöpfen,
- dazu beitragen, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, die individuelle Beschäftigungsfähigkeit aktiv und selbstverantwortlich zu erhalten und weiterzuentwickeln und
- Ausbildung durch Vernetzung und gerechte Finanzierung für möglichst alle Betriebe attraktiv zu machen. Dies verlangt die Sicherung bestehender Ausbildungsvergütungs-Tarifverträge.

Zusätzlich müssen die Instrumente Regionalisierter Arbeitsmarktpolitik eng mit strukturpolitischen Maßnahmen verzahnt werden. Es kommt darauf an, Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik auf regionaler Ebene durch die Beteiligung der Wirtschaft und der Gewerkschaften, von Bildung und Wissenschaft, von Wohlfahrtsverbänden und anderen Expertinnen und Experten so weit wie möglich am strukturpolitischen Bedarf abzugleichen und so alle möglichen Mittel zur regionalen Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit zu bündeln. Verstärktes Arbeitsmarktmonitoring kann hier ein gangbarer Weg zur Ermittlung dieser regionalen Arbeitsmarktbedarfe sein, implementiert werden können sie u.a. über die im SGB III festgelegten Mittel freier Förderung.

Eine innovative Gesellschaft braucht darüber hinaus eine innovative Arbeitszeitpolitik. Intelligente Arbeitszeitpolitik kombiniert die Bedürfnisse der Arbeitgeber nach mehr Flexibilität und höheren Maschinenlaufzeiten mit denen der Arbeitnehmer nach Arbeitszeitkonten mit mehr individueller Zeitsouveränität für die eigene Lebens- und Familienplanung. Die stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit erfordert geeignete Rahmenbedingungen, die von den Tarifvertragsparteien vereinbart werden müssen. Der Gesetzgeber ist vor allem bei der Absicherung der Zeitkonten im Insolvenzfall gefordert.

Die Innovationsdefizite in Deutschland werden wir nicht beheben, wenn wir mehr arbeiten, sondern wenn wir besser arbeiten. Eine innovationsfördernde Arbeitswelt steht nicht im Gegensatz zu humanen Arbeitsbedingungen und einer Stärkung der betrieblichen Demokratie. Der Abbau von Mitbestimmungsrechten und kollektiver Rechte der Arbeitnehmervertretungen ist mit innovationsfördernder Arbeitspolitik nicht vereinbar.

Innovation ermöglicht nachhaltige Entwicklung

Nur was nachhaltig ist, ist auf Dauer ökonomisch vernünftig. Innovationen, die die Effizienz beim Verbrauch von Rohstoffen und Energie erhöhen, haben auf den Zukunftsmärkten eine besonders gute Chance. Die Effizienzrevolution im Umgang mit den knappen natürlichen Ressourcen und die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien müssen zum Leitbild einer innovativen, nachhaltigen Entwicklung unserer Wirtschaft werden. So wird Ökologie auch zum Wachstumsmotor und schafft neue Arbeitsplätze.

NRW weist bereits heute eine Vielzahl von Beispielen ökologischer Produktinnovationen auf. Von der Mikroklimahülle für Gebäude in Herne über organisatorische Innovation zur Energieeffizienzsteigerung (Intracting) im kommunalen Energie- und Wassermanagement bis zur Entwicklung von Leuchtdioden und ihrem Einsatz zur Allgemeinbeleuchtung und der Brennstoffzelle wurden in unserem Land zahlreiche Projekte ökologischer Innovation entwickelt.

Öko - Effizienz soll zu einem international anerkannten Markenprodukt aus Nordrhein- Westfalen werden. Strategien zum Ressourcenmanagement haben angesichts der weltweit wachsenden Probleme der Ver- und Entsorgung mit Wasser, knapper werdender Rohstoffe und Energievorräte und der Notwendigkeit von Unternehmen, Materialkosten zu sparen, ein besonders hohes Potenzial auf den Zukunftsmärkten.

Viele Unternehmen konzentrierten sich in der Vergangenheit darauf, ihre Kosten durch Senkung der Arbeitskosten zu minimieren. Eine Erhöhung der Öko- Effizienz könnte neben einer Senkung der Kosten auch den Druck auf den Faktor Arbeit mindern und gleichzeitig die Produktivität durch den Einsatz moderner Technik und Verfahren steigern. Zu diesem Ziel starten wir eine „ökologische Innovationsoffensive“, um Lernprozesse bei Unternehmen und Bürgern zu aktivieren. Die Forschungseinrichtungen in NRW können diesen Prozess aufgrund der dort vorhandenen Kompetenzen unterstützen.

Innovation durch Wissenschaftspolitik

Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel und wirtschaftlicher Stagnation ist es wichtig, mehr in Bildung, Forschung und Wissenschaft zu investieren, um damit die Grundlagen für eine dynamische Innovationskultur zu verbreitern. Wissenschaft und Forschungshaushalte sollten sich antizyklisch verhalten. Das sollte für die öffentlichen Haushalte ebenso gelten wie die Etats der Unternehmen.

Deutschland gibt im internationalem Vergleich immer noch zu wenig für Forschung und Entwicklung aus, wenngleich die rot-grüne Bundesregierung den Anteil schon deutlich erhöht hat. Wir wollen jedoch kontinuierlich den Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt auf 3% erhöhen.

In Deutschland ist die Zahl der Absolventen der Natur- und Ingenieurwissenschaften in Besorgnis erregender Weise zurückgegangen. Wir müssen deshalb – auch in Nordrhein-Westfalen – die Förderung der Naturwissenschaften an den Schulen intensivieren.

Die Grundlagenforschung und die Geisteswissenschaften spielen für eine nachhaltige Innovationsfähigkeit und für das in einer Wissensgesellschaft unverzichtbare Orientierungswissen eine zentrale Rolle.

Mit Geld allein ist es aber nicht getan: Die Zielsetzungen, Strukturen und Leistungen der Institutionen unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems müssen auf den Prüfstand. Bürokratische Apparate wirken innovationshemmend. Eine Innovationskultur verlangt mehr Eigenverantwortung, Risikobereitschaft, kritische Selbstprüfung und Mut in unseren Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Die Landesregierung hat in diesem Sinne auf dem Gebiet der Schulpolitik und der Wissenschaftspolitik wichtige Veränderungen bereits

eingeleitet. Vieles bleibt aber noch zu tun, um im Wettbewerb mit den zukunftsfähigen Regionen bestehen zu können.

Innovation für soziale Gerechtigkeit und Exzellenzen

Die SPD folgt dem Leitbild einer Innovationskultur, die zu einer breiten Grundlage für innovative Leistungen führt. Wir schaffen durch unsere politische Verantwortung die Grundlage - durch eine Politik der Chancengleichheit, durch die optimale Förderung des Einzelnen und durch Leistungsanreize.

Auch in der Wissensgesellschaft brauchen wir soziale Sicherheit. Soziale Gerechtigkeit ist elementarer Bestandteil einer Innovationskultur, die Voraussetzung für mehr wirtschaftliche Dynamik ist. Wenn wir erreichen wollen, dass mehr Menschen bereit sind Risiken einzugehen, mobiler zu werden und neue Wege zu wagen, dann müssen wir ihnen auch Sicherheit geben. Sie müssen die Gewissheit haben, im Falle des Scheiterns aufgefangen zu werden und eine zweite und dritte Chance zu erhalten.

Wenn wir die heutigen sozialen Ungerechtigkeiten beim Zugang zu Bildung beseitigen wollen, dann müssen wir die sozialinvestiven Ausgaben, d.h. die Anstrengungen für eine bessere Bildung erhöhen. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft muss jeder und jedem die gleiche Chance gewähren, nach seinen Fähigkeiten ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Davon hängt nicht nur der individuelle Wohlstand sondern letztlich auch die Wohlfahrt der Gesellschaft in der globalisierten Wissensgesellschaft ab.

Diese Politik widerspricht nicht dem Grundsatz individueller Förderung besonderer Begabungen und Fähigkeiten. Im Gegenteil: Es entspricht unserem Grundgedanken der individuellen Förderung, dass wir Exzellenzen auf ihrem Gebiet optimale Voraussetzungen schaffen, um ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu entfalten. Nur so werden wir es schaffen, Forscher, die exzellente Leistungen erbringen wollen, in NRW zu halten und damit die Attraktivität des Wissensstandorts NRW zu stärken.

Innovationen durch europäische Forschungs- und Entwicklungsstrategien

Das Ziel der Europäischen Union, einen einheitlichen Forschungsraum zu schaffen, ist eine große Chance. Mehr Austausch und Kooperation geben wichtige Impulse für die Entwicklung von Produkten und Verfahren. Um diese Chancen noch besser zu nutzen, müssen wir die Kooperationsfähigkeit der Hochschulen stärken. Dies gilt insbesondere auch für ihre Beteiligung im Rahmen der Forschungsprogramme der EU.

Innovative Regionen sind lernbegierige Regionen. Die Zusammenarbeit über unsere Grenzen hinaus, das Interesse an alternativen Lösungen und die Bereitschaft von anderen zu lernen, fördert unsere Fähigkeit, neue Probleme zu lösen und unsere Handlungsfähigkeit zu erweitern.

Mit dem Ziel der Europäischen Union, die EU bis 2010 zum dynamischsten, wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, haben die Staats- und Regierungschefs der EU ein ambitioniertes Ziel formuliert. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, müssen allerdings die Anstrengungen verstärkt werden. Insbesondere fehlt es immer noch an einer besseren Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken, einer Harmonisierung der Kapital- und Unternehmenssteuern sowie koordinierter beschäftigungspolitischer Strategien.

Innovationen schaffen Attraktivität für wissenschaftlichen Nachwuchs aus dem Ausland

In Deutschland studieren weniger ausländische Studenten als in anderen europäischen Ländern oder in den USA. Für die Innovationsfähigkeit einer Region ist Internationalität eine wichtige Voraussetzung, weil damit die für wirtschaftlichen Erfolg immer wichtiger werdende interkulturelle Kompetenz einer Region gesteigert wird.

NRW setzt sich für eine moderne Zuwanderungspolitik ein, um wissenschaftlichen Nachwuchs aus dem Ausland in Deutschland eine verlässliche Perspektive zu vermitteln. Bei der Einrichtung von Bachelor- und Master – Abschlüssen ist NRW führend. Damit kommt NRW auch ausländischen Studierenden entgegen.

Innovation und gesellschaftliche Verantwortung

Innovationen in Wissenschaft und Wirtschaft verändern das Leben jedes Einzelnen und der Gesellschaft im Ganzen. Menschen brauchen Zeit, um Erneuerungen kulturell zu verarbeiten und sich anzueignen. Fragen des gesellschaftlichen Nutzens, der Risikobeherrschung und der Ethik müssen am Anfang von Innovationen stehen und dürfen nicht als lässliche Nebenwirkungen des Fortschritts vernachlässigt werden. Wissenschaft und Technik werden nur auf Akzeptanz in der Öffentlichkeit zählen können, wenn sie über ihren gesellschaftlichen Nutzen verständlich und nachvollziehbar Rechenschaft ablegen. In einem Klima diffuser Technik-skepsis oder Technikangst kann eine innovationsfreudige Gesellschaft nicht gedeihen. Urteilsfähigkeit und Informiertheit sind Voraussetzungen für die Mündigkeit im Zeitalter der Wissensgesellschaft.

Eine uninformierte oder voreingenommene Öffentlichkeit ist für eine Innovationskultur ebenso hinderlich. Deshalb wollen wir das öffentliche Verständnis für Wissenschaft und Technik fördern und so den Zugang und das Interesse an Erneuerungen bereits bei Kindern wecken.

Innovation verlangt nach einer gestaltenden Politik

Im Gegensatz zur neoliberalen Politik besteht das Ziel sozialdemokratischer Politik darin, den durch Innovation hervorgerufenen Wandel und die Anpassungsprozesse zu gestalten, damit der Fortschritt möglichst vielen und nicht nur einzelnen zu Gute kommt. Diese Aufgabe wird wichtiger, je mehr unsere Gesellschaft nach Innovationsdynamik verlangt. Unser Anspruch lautet: Innovationschancen für alle.

Nordrhein-Westfalen – Land für Familien und Kinder

Für die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist die Familie ein besonders wichtiger Teil ihres Lebens. Das gilt auch für die junge Generation: Die große Mehrzahl lebt gerne in ihrer Familie und möchte selbst später eine Familie gründen.

Familien vermitteln Werte und soziales Verhalten, Selbstvertrauen und Bürgersinn. Sie schaffen die Grundlage, damit Kinder sicher und geborgen aufwachsen und ihre Fähigkeiten entwickeln können. Familien bilden die Basis für eine leistungsfähige und soziale Gesellschaft. Und sie mahnen die Politik zugleich stärker als andere zur Nachhaltigkeit, weil sie über den Tag hinaus immer auch die Lebensperspektive der Kinder, ihren Hoffnungen und Chancen im Blick haben.

Politik für Familien war, ist und bleibt eine tragende Säule sozialdemokratischer Politik. Deshalb werden wir Nordrhein-Westfalen konsequent als Land für Kinder und Familien voranbringen. Dabei stellen wir uns dem Wandel der Familie und veränderter familiärer Strukturen. Wir werden die Erwartungen junger Familien zur Vereinbarkeit mit einer beruflichen Tätigkeit und auf die gewünschte „familiäre Arbeitsteilung“ in unser Konzept einbeziehen.

Familien in NRW erleben aber teilweise sehr unterschiedliche Realitäten. Gerade in besonders armen Stadtteilen ist die Zahl Alleinerziehender und jugendlicher Sozialhilfeempfänger höher als anderswo in NRW. Der Migrationshintergrund vieler Betroffener stellt ein weiteres Risiko für Benachteiligungen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt dar. Hier muss die Bekämpfung lokaler Armut oberste Priorität haben, um allen Kindern und Jugendlichen in NRW gleiche Zukunftschancen zu bieten.

Unser familienpolitisches Leitbild

Zeitgemäße Familienpolitik bedeutet für uns: Hinschauen, wie die Menschen zusammen leben wollen und vorausschauend einbeziehen, welche Bedingungen sich für Familien verändern werden.

Wir bevormunden Familien nicht und bewerten auch nicht, wie sie ihr Zusammenleben gestalten wollen. Der Schutz der Familie besteht auch in der Achtung ihrer Freiheit. Das unterscheidet uns von den Konservativen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kommt es entscheidend darauf an: Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen, die es Männern und Frauen ermöglichen, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen und die ihren Kindern einen guten Weg in das eigenständige Leben öffnen.

Bund und Land Hand in Hand

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat viel nachholen müssen, was die Konservativen über eineinhalb Jahrzehnte unerledigt gelassen haben. Das gilt insbesondere auch für die Politik für Kinder und Familien.

Seit 1998 wurden die Leistungen für Familien von rd. 40 Mrd. € um rund die Hälfte auf nahezu 59 Mrd. € im Jahr 2003 angehoben. In mehreren Schritten haben wir das Kindergeld erhöht, steuerliche Entlastungen durch familien- und kinderbezogene Freibeträge geschaffen und Verbesserungen beim Erziehungsgeld realisiert. Wir haben das Wohngeld angehoben und die Ausbildungsförderung verbessert.

Die NRWSPD unterstützt auch künftig die familienfreundlichen Umgestaltung unseres Steuer- und Transfersystems. Wir legen besonderen Wert auf die Stärkung der niedrigen Einkommensgruppen.

Unser Ziel bleibt die Förderung von Familien mit ihren Kindern, unabhängig von der Lebensform. Das unterscheidet uns von denen, die die Förderung der Ehe in den Vordergrund stellen, unabhängig davon, ob sie mit Kindern oder ohne gelebt wird.

Durch Bundes- und Landesinvestitionen in Ganztagsangebote für Kinder und verstärkte Förderung von Frauenerwerbstätigkeit wollen wir die im internationalen, aber auch im nationalen Vergleich niedrige Frauenerwerbsquote in NRW deutlich erhöhen.

Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Familienpolitik

Eine moderne, zukunftsfähige Politik für Familien und Kinder setzt die materielle Existenzsicherung der Familien voraus, aber sie endet damit nicht. Auf der Grundlage der erreichten materiellen Verbesserungen für Familien müssen wir jetzt die nächsten Schritte tun.

Wir wollen die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** erleichtern. Durch familienfreundliche Rahmenbedingungen in den Betrieben und ebenso flexible wie bedarfsgerechte Betreuungsangebote. Zu diesen familienfreundlichen Rahmenbedingungen zählt auch die unmittelbare Unterstützung der Familien durch Information, Beratung und Bildung.

Es gilt, Kinder nicht nur über ihre Familien, sondern sie auch unmittelbar weiter zu stärken. Kinder sind eigenständige Rechtspersonlichkeiten. Bei der Kindschaftsrechtsreform, beim Gebot der gewaltfreien Erziehung oder auch bei der Verankerung der Kinderrechte in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung ist dieses **moderne und zeitgemäße Verständnis einer Kinderpolitik** besonders gut deutlich geworden. Diesen Paradigmenwechsel und das damit verbundene eigenständige Recht der Kinder gilt es weiterzuentwickeln.

Die Anforderungen an eine moderne Familienpolitik, wie z.B. die Förderung von Chancengerechtigkeit und die Stärkung der Kinderrechte, treffen sich in einer vordringlichen Aufgabe: der Schaffung von offenen Ganztagsgrundschulen. Gerade weil wir Kinder früh fördern müssen und auch wollen, setzen wir bereits im Kindergartenalter an und führen dies in der Grundschule fort. Denn frühes Starten bedeutet mehr Chancen für alle Kinder. Hierfür werden wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Zugleich haben PISA und andere Untersuchungen gezeigt, wie wichtig der Bereich der Elementarbildung und frühes Fördern ist. Dabei wissen wir, dass Bildung nicht auf Schule reduziert werden kann und Schule auch mehr sein muss als Unterricht. Auch der Bereich der außerschulischen und schulergänzenden Bildung für Kinder und Jugendliche leistet einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag. Gerade die Schlüsselkompetenzen werden in den Feldern der Jugendarbeit vermittelt. Dies gilt insbesondere für benachteiligte Jugendliche in sozial stark belasteten Quartieren der Großstädte. Vor diesem Hintergrund können wir Kinder- und Jugendarbeit perspektivisch nicht nur als freiwillige Aufgabe der Kommunen betrachten. Innovation heißt an dieser Stelle, dass die nachhaltige Förderung von Kindern und Jugendlichen anderen kommunalen Infrastrukturleistungen gleichgestellt werden muss. Zugleich setzen wir auf ganzheitliche Bildungsprozesse und wollen Schule und Jugendhilfe, aber auch den Sport und die Kultur enger zusammenführen. Für uns gilt, wer nicht schon sehr früh als Kind das Lernen gelernt hat, fällt gegenüber anderen zurück.

Kinder- und Jugendarbeit ist für uns ein zentraler Bereich zur Förderung von Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit und zur Stärkung junger Menschen als eigenständige Persönlichkeiten. Hierzu haben wir im Land eine breite Infrastruktur an Angeboten der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes geschaffen. Diese Angebote müssen wir sichern, damit den zahlreichen Organisationen und Trägern der Kinder- und Jugendarbeit eine verbindliche Gestaltung ihrer pädagogischen Arbeit möglich ist. Dafür brauchen wir eine gesetzliche Grundlage, die die öffentliche Förderung auf Landesebene regelt und qualitative Ziele auf kommunaler Ebene beschreibt. Die kommunale Selbstverwaltung soll dabei nicht durch neue Standards eingeengt und mit finanziell wirksamen Aufgaben befrachtet werden. Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, eine entsprechende Initiative zu unternehmen, um damit der Bedeutung dieser Arbeit für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen Rechnung zu tragen.

Wir werden in Nordrhein-Westfalen die offene Ganztagsgrundschule für Kinder im Grundschulalter quantitativ und qualitativ flächendeckend ausbauen. Außerfamiliäre unterrichtsergänzende Förderung und Betreuung sind wichtige Mittel zum Abbau von Bildungsschranken und zur Unterstützung der Familien. Anders als viele Konservative betrachten wir die

Förderung durch Ganztagsangebote nicht als Alternative sondern als Unterstützung für Familien.

Mittelfristig streben wir auch den Ausbau von Formen der offenen Ganztagsschule im Bereich der Sekundarstufe I an. Auch dies wird um so besser gelingen, je mehr Schule und Jugendarbeit dies gemeinsam tun. Langfristig begünstigen Ganztagsschulen unseren Weg zu einer Verkürzung der Schulzeit und Erlangung des Abitur nach 12 Schuljahren.

Wir begrüßen, dass unser Konzept der Offenen Ganztagsgrundschule durch die rotgrüne Bundesregierung unterstützt und mit rd. 914 Mio. € in vier Jahren offensiv unterstützt wird. Damit werden wir gemeinsam mit den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden die Grundschulen zu einen Lern- und Lebensort machen. .

Die NRWSPD unterstützt die Initiativen der Bundesregierung für eine verbesserte Betreuung der Unter-Drei-Jährigen. Hier aber auch für den Kindergartenbereich erwarten wir von den Unternehmen ein stärkeres Engagement bei betriebsunterstützter Kinderbetreuung.

Familienfreundliche Betriebe, Teilzeit

Familienfreundliche Betriebsstrukturen und Arbeitsorganisationen sind ein weiterer zentraler Schlüssel, um Familie und Beruf leichter miteinander verbinden zu können.

Seit der Abwahl der CDU-Bundesregierung haben wir dabei in Deutschland wichtige Fortschritte gemacht: Mit der Veränderung des Erziehungsgeldgesetzes und dem Teilzeitgesetz haben wir erreicht, dass sich Unternehmen mit gesetzlich abgesicherten Teilzeitanforderungen von Frauen und Männern positiv auseinandersetzen müssen.

Aber die damit verbundenen Chancen werden noch immer zu wenig gesehen und erst recht zu wenig genutzt. Offensive, Mitarbeiter orientierte Teilzeitstrategien ermöglichen den Beschäftigten eine Verbesserung ihrer persönlichen Work-life-balance und öffnen damit den Betrieben die Chance auf Produktivitätsgewinne durch höhere Motivation.

Vermehrte Teilzeitangebote ermöglichen vielen Frauen den Einstieg oder die Rückkehr in den Arbeitsmarkt, der ihnen bislang durch Normalarbeitsmodelle verwehrt wird, Das entspricht einem verbreiteten Wunsch, sichert die eigenständige Versorgung beider Eltern und ist arbeitsmarktpolitisch richtig. Und es nutzt auch den Betrieben, weil sie im demografischen Wandel darauf angewiesen sein werden, weibliche Beschäftigte für sich zu gewinnen.

Wir werden deshalb alle praktischen Schritte unterstützen, die mehr Unternehmen davon überzeugen, mitarbeiterorientierte Teilzeitstrategien zu entwickeln, und vor allem Väter ermutigt, Teilzeit und Elternzeit in Anspruch zu nehmen.

Soziale Kompetenz stärken

Eltern möchten mit ihren Kindern ihr eigenes Familienbild verwirklichen. Sie wollen dabei nicht durch den Staat bevormundet werden.

Das bedeutet für uns als NRWSPD: Der Staat muss auch den Familien weiterhin verlässlichen Schutz vor den großen Lebensrisiken bieten. Aber wir müssen vor allem auch die Fähigkeit und die Bereitschaft der Familien stärken, selbstbestimmt zu leben.

Deshalb werden wir

- die Erziehungskompetenz der Eltern durch die Weiterentwicklung der Familienbildung und der Medienerziehung stärken

- Kinder und Jugendliche durch Sozialarbeit in Schule und Jugendhilfe in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Entschlossenheit stark machen.
- die Selbsthilfekompetenz von Familien fördern, u.a. durch Familienzentren, die themen- und generationenübergreifend die Anliegen von Familien behandeln.
- die soziale Infrastruktur unseres Landes weiterentwickeln, damit sich Familien auch künftig auf kompetente Beratungsangebote verlassen können, die frühzeitig und unbürokratische Hilfe leisten.

Bis zum Jahr 2007 wollen wir vor allem bei der Weiterentwicklung der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen einen entscheidenden Schritt vorankommen.

Unser Ziel ist es, die verschiedenen Angebotszweige stärker im Sinne einer Familienberatung zu integrieren und zugleich eine stärkere Verzahnung der Angebote mit den anderen Akteuren vor Ort zu erreichen: Mit Kindergärten, Schulen, Jugendämtern, aber auch Familienengerichten. Diesen Weg erproben wir bereits im Rahmen der Modellversuche „Soziales Frühwarnsystem“ und werden ihn ab 2004 konsequent umsetzen.

Familienfreundliche Kommunen

Die Konkurrenz der Kommunen und Regionen um wirtschaftliche Investitionen, steuerkräftige Betriebe, Arbeitsplätze und öffentliche Infrastruktur ist groß. Wie sich die Städte und Gemeinden in diesem Wettbewerb bewähren, hängt auch davon ab, ob sie für Familien, für Eltern und Kinder attraktiv sind.

Wir sind daher für eine umfassende Gemeindefinanzreform eingetreten, die den Städten und Gemeinden erlaubt, einen neuen Schwerpunkt beim Ausbau der kommunalen Betreuungsangebote zu setzen. Dieses Ziel werden wir auch künftig weiterverfolgen und gegen diejenigen verteidigen, die eine solche Reform bisher blockieren und den Städten und Gemeinden offen mit der Abschaffung eigener Steuerquellen drohen.

Familienfreundliche Kommunen müssen handlungsfähig sein. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen lebendige Städte. Dazu muss die Politik den Willen zur Gestaltung haben. Städte müssen in Ordnung sein. Wir wollen Verwahrlosungstendenzen verhindern, uns um besonders problematische Stadteile verstärkt kümmern. Der blanken Privatisierungs-ideologie in vielen Städten Nordrhein-Westfalens gerade nach der Kommunalwahl 1999 im Bereich der öffentlichen Ordnung und Daseinsvorsorge, bei Wohnungsgesellschaften und Freizeiteinrichtungen wollen wir unsere Idee einer steuerungsfähigen Stadt der Zukunft entgegenstellen. Das gilt auch und gerade bei der Schaffung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen.

Familienfreundliche Rahmenbedingungen sind aber nicht nur ein Frage staatlichen Engagements. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten. Dies gilt gleichermaßen für Unternehmen, Gewerkschaften, ehrenamtlich in der Familienpolitik Tätige u.a.

Diese Bündnisse können nirgends besser gelingen als in den Städten und Gemeinden unseres Landes – und hier müssen sie auch gelingen.

Deshalb unterstützen wir in NRW lokale Bündnisse für Familien. Diese Bündnisse führen Unternehmen, Kammern, Betriebsräte, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen, Kindergärten und die ehrenamtlich und hauptamtlich in der Familienbildung Tätigen zusammen, um Stadtteil für Stadtteil, Stadt für Stadt, Gemeinde für Gemeinde NRW als Land für Kinder und Familien voranzubringen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der anhaltenden Wanderungstrends aus den Großstadregionen heraus an den Ballungsrand gewinnt unsere Politik der aktiven Integration und praktischen Einbürgerung zusätzliche Bedeutung. Deswegen befürworten wir als NRWSPD die Fortsetzung und Verstärkung des Bundesprojekts „Soziale Stadt“, welches das erfolgreiche NRW-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ aufnimmt und ergänzt.

Politik für Kinder, Kinderrechte

Politik für Familien - nicht nur die Eltern, sondern gerade auch die Kinder sieht, verlangt eine selbstbewusste Politik für junge Menschen. Wir streben mehr gesellschaftliche Teilhabe für Kinder an, unterstützen den von dem Jugendministerium gegründeten "Pakt für Kinder" und wollen ein kinderfreundliches Nordrhein-Westfalen. Hierzu gehört auch, dass der Landesjugendplan auf eine sichere Grundlage gestellt wird.

Kinder wollen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt mitwirken und wollen an sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren viele Möglichkeiten geschaffen und neue Wege entwickelt. Die Organisationen der Jugendarbeit, die Kinder- und Jugendparlamente die zahlreichen Beteiligungsformen vor Ort sind hierfür gute Beispiele. In dem „Pakt für Kinder“ sehen wir ein wichtiges Instrument, Vorhandenes weiter zu entwickeln und für Kinder und Jugendliche gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten noch umfassender zu entwickeln.

Dazu gehört aber auch, Kinder und Jugendliche, die in besonders benachteiligten Verhältnissen aufwachsen, intensiv zu fördern und ihnen neue Chancen zu geben. Deshalb wird der Abbau der Kinderarmut eine vordringliche Aufgabe für uns sein. Hier werden wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden nach Wegen suchen müssen, wie Eltern von Kindern neue Chancen der Berufstätigkeit erhalten. Hier erwarten wir auch von der Wirtschaft Unterstützung. Die Partizipation von jungen Menschen zu stärken, heißt auch, sie vor Risiken und Belastungen zu schützen. Deshalb treten wir dafür ein, dass Kinder gewaltfrei aufwachsen und Gewalt gegen Kinder geächtet wird.

NRW – Unsere Heimat in Europa

Unser Land wird zur neuen Mitte im größeren Europa. Die Erweiterung der europäischen Union bringt gerade der Exportregion NRW neue Chancen. Es liegt an uns, sie konsequent zu nutzen. Mit unserer Erfahrung beim erfolgreichen Strukturwandel, mit dem Mut zur Erneuerung und mit dem bewährten Zusammenhalt werden wir unser Land in der Spitze der europäischen Regionen verankern. Wir sind stark und deshalb selbstbewusst genug, um uns mit den wichtigen Konkurrenzregionen zu messen. Die wirtschaftliche und ökologische Erneuerung in sozialer Verantwortung hat längst sichtbare Erfolge geschaffen. Die Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen ist europäische Spitzenklasse. In keiner europäischen Vergleichsregion fühlen sich die Menschen wohler als bei uns in NRW. Wir bauen die Position unseres Landes weiter aus. Als Land für Innovationen, als Land für Kinder und Familien, als sozial gerechtes NRW ist es uns einzigartige Heimat in Europa.